

Bei der letzten Europawahl vor fünf Jahren lag Aufbruchstimmung in der Luft. Viele EU-Politiker und die meisten Wähler wollten 2014 endlich die Banken- und Eurokrise hinter sich lassen, die Europa jahrelang erschüttert hatte. Konservative und Sozialdemokraten waren sich einig, dass man die ungeliebte Austeritätspolitik beenden und auf Investitionen und Wachstum setzen müsse. Man nannte es „European spring“.

Fünf Jahre später ist die Stimmung wie ausgewechselt. Von Frühlingsgefühlen ist in Brüssel wenig zu spüren, das politische Klima ist frostig geworden. Das liegt nicht nur am britischen EU-Austritt – die schier endlosen Verhandlungen über den Brexit überschatten den Wahlkampf. Es liegt auch an der Angst vor Rechtspopulisten und Nationalisten, die zum Sturm auf das Europaparlament blasen und die etablierten Politiker das Fürchten lehren.

Bei der Wahl Ende Mai könnten „Anti-Europäer mehr als jeden dritten Sitz im Europaparlament“ erringen, schätzt der European Council on Foreign Relations. Dabei lehnen Populisten und Nationalisten die EU-Volksvertretung eigentlich ab. Die Alternative für Deutschland (AfD) will sie langfristig sogar ganz abschaffen. „Solange dort Gesetze gemacht werden, wollen wir aber mitreden“, erklärt AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen die paradoxe Strategie.

Nach Straßburg ziehen, um dort Kräfte zu machen und die parlamentarische Arbeit zu behindern – darauf scheint es bei vielen rechten Parteien hinauszulaufen. Bisher war dies kein großes Problem, denn Konservative und Sozialdemokraten hatten eine komfortable Mehrheit im Parlament. Die EU-Gegner wurden in die Schmollecke verbannt. Nach der Wahl im Mai dürfte dies jedoch anders aussehen.

Zwar können die beiden größten Fraktionen mit Stimmenzuwächsen rechnen, wie eine Ende März vom Europaparlament veröffentlichte Erhebung ergab. Trotz der prognostizierten Zugewinne kämen Konservative und Sozialdemokraten aber nicht mehr auf eine

Mehrheit. Damit könnten sie auch nicht aus eigener Kraft einen Kandidaten für die Spitze der EU-Kommission bestimmen. Dafür würde eine dritte Partei benötigt, etwa die Liberalen oder die Grünen.

„Wir werden uns in einem sehr fragmentierten Parlament wiederfinden“, warnt der Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei, Manfred Weber. Für den CSU-Politiker könnte dies fatale Folgen haben. Wenn er nicht genug Abgeordnete hinter sich bringt, hat er keine Chance, wie geplant EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker zu beerben. Weber will daher gegensteuern. „Wir müssen die populistische Welle stoppen“, forderte er zum Start seiner Wahlkampagne („The power of we – Weber“) in Brüssel.

Dieses Ziel verfolgt auch Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron. Doch er wählt eine andere Strategie als Weber. Während der konservative Spitzenkandidat die EU bewahren will, hat Macron einen Plan für einen radikalen

„Neustart“ vorgelegt. Er will den Grenzschutz stärken, das Schengen-System der Reisefreiheit überarbeiten und europaweit Mindestlöhne einführen. In einem Brief an die Bürger aller EU-Länder warb Macron für seine Ideen.

Kommissionschef Juncker begrüßte den Vorstoß, der auf „mehr Europa“ und zusätzliche EU-Institutionen hinausläuft. Unterstützung kam auch von Liberalen-Chef Guy Verhofstadt, der ein Wahlbündnis mit Macrons „La République en Marche“ eingehen will. Sogar Sozialdemokraten und Grüne signalisieren Interesse an den Plänen aus Paris.

Doch im konservativen Lager fiel die Reaktion völlig anders aus. Die Führung übernahm die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) in Berlin – mit einer Absage an Macron. „Eine Europäisierung der Sozialsysteme und des Mindestlohns wären der falsche Weg“, hielt sie ihm entgegen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Österreichs Regierungschef Sebastian Kurz gingen auf Distanz.

Die Christdemokraten und Konservativen lehnen die dirigistische und zentralistische Wirtschaftsdoktrin ab, die sie hinter Macrons Plan vermuten. „Wir müssen konsequent auf ein System von Subsidiarität, Eigenverantwortung und damit verbundener Haftung setzen“, schreibt AKK in ihrem Positionspapier. Es gehe ihr nicht darum, Macron abzubügeln, sondern in eine Debatte über die Zukunft Europas einzusteigen. Doch die Chancen dafür stehen schlecht.

Denn AKK hat ihr Konzept mit Spitzen gegen Frankreich und die EU verbunden, die in Paris – und Brüssel – als unnötige Provokation aufgefasst werden. Sie möchte den Sitz des Europaparlaments in Straßburg aufgeben, sie fordert einen ständigen EU-Platz im Welticherheitsrat, und sie verlangt eine Besteuerung der Einkommen der EU-Beamten. Diese Besteuerung gebe es längst, widersprach Haushaltskommissar Günther Oettinger, der selbst der CDU angehört.

Widerspruch kam auch aus Paris. Der Präsident der Nationalversammlung,

Richard Ferrand, taufte AKK in „Madame Nein“ um, weil sie sich der Debatte um Macrons Vorschläge verweigere. Die damalige Europaministerin Nathalie Loiseau, die nun die Macron-Liste für die Europawahl anführt, teilte noch härter aus. Die CDU denke nur an sich und wolle mit niemandem teilen, erklärte sie.

Nach einer konstruktiven Debatte klingt das nicht, eher nach verhärteten Positionen. Das lässt für die Zeit nach der Europawahl nichts Gutes ahnen. Insider in Brüssel warnen schon vor einem Machtkampf um den künftigen Kurs der EU, aber auch um wichtige Posten. Im Herbst wird fast die gesamte europäische Führungsriege ausgetauscht, nicht nur der Kommissionspräsident und seine Kommissare.

Der konservative Spitzenkandidat Weber, aber auch sein sozialdemokratischer Herausforderer Frans Timmermans könnten dabei das Nachsehen haben. Wenn sich im neuen EU-Parlament keine klaren Mehrheiten abzeichnen,

könnten die Staats- und Regierungschefs das Steuer an sich reißen und selbst den nächsten Kommissionschef bestimmen. Die Europawahl wäre entwertet, das Europaparlament entmacht.

Das wäre „ein gewaltiger Rückschritt für die Demokratie und Mitbestimmung der Wähler“, warnt EVP-Spitzenkandidat Weber. „Es würde einen Konflikt zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der Staats- und Regierungschefs geben. Das will in dieser angespannten Situation niemand.“

Doch auszuschließen ist dieser Konflikt auch nicht mehr. Die Europawahl wird nicht nur vom Brexit und dem Vormarsch der Nationalisten und Populisten überschattet – sondern auch vom Machtkampf in den eigenen Reihen.

Eric Bonse ist freier Journalist und lebt in Brüssel.

☐

Schatten über der Europawahl

Rechtspopulisten und Nationalisten drängen ins Europaparlament, Konservative und Sozialdemokraten müssen mit dem Verlust ihrer Mehrheit rechnen

VON ERIC BONSE

Vertrauen und Vernunft

Der INF-Vertrag ist Geschichte, die Welt muss mit einem neuen Wettrüsten rechnen, doch selbst der US-Präsident scheint davon wenig begeistert zu sein – schon wegen der Kosten

VON PETER KOEPF

Wer hat Vertrauen zu Donald Trump? Es soll Menschen geben, die darauf setzen, dass die schwedische Akademie Donald Trump bald für den Friedensnobelpreis nominieren muss. Wieso das?

Am 25. April, Wochen nach Aufkündigung des INF-Vertrags, berichtete die *Washington Post* von einem „aufkeimenden Bestreben“ des US-Präsidenten zur Rüstungskontrolle. Laut eines hochrangigen Mitglieds der Trump-Regierung wolle er Russlands Nuklearwaffen einem neuen Rahmen unterwerfen und China dazu überreden, „einem Waffenkontrollvertrag beizutreten oder seine militärischen Ressourcen erstmals offenzulegen“. Die USA, China und Russland unter einem trilateralen Vertrag zur Kontrolle von Atomwaffen zu vereinen, so hieß es, wäre ein „bahnbrechender diplomatischer Erfolg“.

Drei Tage später schrieb Dinshaw Mistry, Professor an der University of Cincinnati, unter der Überschrift „Globalizing the INF Treaty“ in der Zeitschrift *The National Interest*: „Ein globaler INF-Vertrag ist realisierbar.“ Er berief sich auf Trumps zweite „State of the Union“-Rede Anfang Februar, als er sagte: „Möglicherweise können wir eine andere Vereinbarung aushandeln und China und andere einschließen.“

Dass ausgerechnet Trump einen schlüssigen Plan verfolgt haben soll, kann sich in Europa niemand vorstellen – schon gar nicht bevor er den INF-Vertrag gekündigt hatte. Auch in Russland glaubt daran niemand. Das wurde auch bei der Sitzung der Arbeits-

gruppe Medien des Gesprächsforums Petersburger Dialog Mitte Mai in Baden-Baden klar. Der Chefredakteur des Onlinemediums *Jeschednjewni Schurnal*, Aleksandr Golz, hat „keine Hoffnung, dass wir die Rüstungsspirale stoppen können“. Er hält die angeblichen Bemühungen, China in Verträge zur Reduzierung von Atomwaffen, gerade mittlerer Reichweite, für „aussichtslos“. Was die US-amerikanische Presse schreibe, sei Propaganda. Der bekannte TV-Journalist und Buchautor Leonid Mletschin sieht die USA, Europa und Russland in einem „dritten Kalten Krieg“.

Für Michail Gusman, erster stellvertretender Generaldirektor der Nachrichtenagentur TASS, befänden sich Ost und West noch immer im ersten, der seit Oktober 1917 währe und bis heute nicht beendet sei. Er verglich die Welt mit einem Theaterstück, „an dessen Wänden viele Gewehre hängen“, und wo Gewehre hängen, da würden sie im dritten Akt auch gebraucht.

Auch Andrej Zagorski, Leiter der Abteilung Abrüstung und Konfliktregelung am Primakow-Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, glaubt nicht an einen neuen INF-Vertrag, weil Peking sich nicht zwingen lassen werde, einseitig einen beträchtlichen Teil seines Raketenpotenzials abzubauen. Vielmehr teilte er in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Osteuropa* die Sicht des Kreml, die USA wollten „einen Keil zwischen Moskau und Pe-

king treiben, da mit dem Wegfall des INF-Vertrags kein Abkommen Russland mehr dran hindert, Mittelstreckenwaffen auch im asiatischen Teil seines Territoriums zu stationieren“. Ein multilaterales Abkommen mit China und vielen anderen, vor allem asiatischen Staaten erfordere einen viel weiteren Ansatz, und den zu finden daure Jahrzehnte.

Die Skepsis ist berechtigt, auch wenn nicht nur russischen und deutschen Politikern die hohen Kosten für Verteidigung ein Dorn im Auge sind. „Russland, China und wir geben zusammen Hunderte von Milliarden Dollar für Waffen, inklusive nukleare, aus, was verrückt ist“, sagte Trump im April. „Und ich würde sagen, China wird dabei sein, und ich würde sagen, Russland wird dabei sein. Es ergibt keinen Sinn, dass wir das machen.“

Klingt vernünftig. Aber Trump hatte sein „möglicherweise“ aus der „State of the Union“-Rede mit einem zweiten verknüpft: „Oder wir können es möglicherweise nicht, dann werden wir mit Ausgaben und Innovationen die anderen bei weitem übertreffen.“ Insofern sind Trumps Worte nicht als Angebot zu verstehen, sondern als Drohung. Wir erkennen: Leider tritt Vernunft selten an die Stelle von fehlendem Vertrauen.

Peter Koepf ist Chefredakteur dieser Zeitung.

☐